



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 21 -

Kiel, 24. März 2016  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### ***126. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 23. März 2016, 13 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 13:05 Uhr

Zur **Position der Landesregierung zur Einrichtung von Ankunftszentren in Schleswig-Holstein** nahm der Ausschuss auf Antrag der Abg. Angelika Beer, [Umdruck 18/5778](#), einen Bericht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten entgegen. Das Ministerium sicherte zu, dem Ausschuss schriftliche Informationen in Bezug auf die Speicherung und Weitergabe von Daten sowie auf die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und dem Land Schleswig-Holstein zuzuleiten.

Zur **Ortung von Bürgern durch nicht-individualisierte Funkzellenabfragen in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1021](#), führte der Ausschuss ein Gespräch mit Generalstaatsanwalt Zepter.

Der Ausschuss beschloss, zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bestattungsgesetzes**, [Drucksache 18/3934](#), gemeinsam mit dem mitberatenden Sozialausschuss eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Benennung der Anzuhörenden soll bis zum 13. April 2016 erfolgen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Stimme der PIRATEN wählte der Ausschuss die in [Umdruck 18/5824](#) genannten Personen zu **Vertrauensleuten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Flurbereinigungsgerichts**, [Drucksache 18/3828](#).

Zum **Komplex Änderung wahlrechtlicher Vorschriften** ([Drucksachen 18/3537, 18/3587, 18/3588, 18/3539](#) und 18/3559) führte der Ausschuss eine mündliche Anhörung durch.

Den Tagesordnungspunkt **Position der Landesregierung zum Asylpaket III und dem Asylpaket IV**, [Umdruck 18/5789](#), möchte der Ausschuss in Anwesenheit der Hausspitze des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten in einer seiner nächsten Sitzungen beraten.

Der Ausschuss kam überein, sich am 13. April 2016, im Anschluss an die Anhörung, im Wege der Selbstbefassung mit dem **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes und anderer Vorschriften**, [Drucksache 18/3320](#), zu befassen.

Zum Antrag der Abg. Angelika Beer, **Anhörung der Härtefallkommission in Schleswig-Holstein**, [Umdruck 18/5788](#), kam der Ausschuss überein, ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Härtefallkommission, Herrn Bestmann, zu führen und dies möglichst mit dem Gesprächstermin mit dem Verfassungsschutz am 18. Mai 2016 zu verbinden.

Schluss: 19:00 Uhr

gez. Dörte Schönfelder